



Brüssel, den 16. Juni 2016  
(OR. en)

10176/1/16  
REV 1

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2015/0270 (COD)**

---

EF 186  
ECOFIN 604  
CODEC 874

## VERMERK

Absender: Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)

Empfänger: Rat

Nr. Vordok.: 5114/16; 5006/16

Nr. Komm.dok.: 14649/15; 14650/15

Betr.: Stärkung der Bankenunion: Fortschrittsbericht des Vorsitzes und Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates

---

## I. EINLEITUNG

- Der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines Europäischen Einlagenversicherungssystems<sup>1</sup> (European Deposit Insurance Scheme – EDIS) wurde dem Rat am 24. November 2015 übermittelt. Zum selben Zeitpunkt hat die Kommission die Mitteilung "Auf dem Weg zur Vollendung der Bankenunion"<sup>2</sup> veröffentlicht. Dieses Paket wurde auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 8. Dezember 2015 vorgelegt.

---

<sup>1</sup> Dok. 14649/15.

<sup>2</sup> Dok. 14650/15.

2. Angesichts der Bedeutung und der Komplexität der thematisierten Gegenstände sowohl des Vorschlags als auch der Mitteilung, die beide oben genannt sind, und angesichts der Tatsache, dass die behandelten Fragen eng miteinander verbunden sind, haben sich die Mitgliedstaaten darauf geeinigt, dass die Arbeiten im Rat auf der geeigneten Ebene organisiert und koordiniert werden müssen. Aus diesem Grund hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter am 13. Januar 2016 vereinbart, im Rat die Ad-hoc-Gruppe "Stärkung der Bankenunion" (im Folgenden "AHWP" (*Ad Hoc Working Party*)<sup>3</sup> einzusetzen.
3. Unter niederländischem Vorsitz haben neun Sitzungen der AHWP stattgefunden (am 20. Januar, am 1. und 16. Februar, am 1. und 16. März, am 5. und 29. April, am 10. Mai und am 1. Juni 2016), in denen im Wechsel die Prüfung des EDIS-Gesetzgebungstexts und Beratungen über Maßnahmen zur Risikominderung auf der Grundlage der vorgenannten Kommissionsmitteilung stattfanden.
4. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und die Europäische Zentralbank haben ihre Stellungnahmen zum EDIS-Vorschlag am 17. März 2016<sup>4</sup> bzw. am 20. April 2016<sup>5</sup> abgegeben.

## II. SACHSTAND

5. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme der von der AHWP wie auch in anderen einschlägigen Gremien geleisteten Arbeit legt der Vorsitz Folgendes vor:
  - i) einen Fortschrittsbericht (Dok. 10036/16 + COR1), der unter der Verantwortung des Vorsitzes auf der Grundlage der von den Delegationen in den genannten Sitzungen zum Ausdruck gebrachten Standpunkte und als Reaktion auf mehrere Aufforderungen zur Vorlage schriftlicher Beiträge zu verschiedenen Aspekten des EDIS-Gesetzgebungsvorschlags (Teil II des Dokuments) sowie zu Maßnahmen zur Stärkung der Bankenunion (Teil III des Dokuments) erstellt wurde;
  - ii) einen Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates (Dok. 10037/1/16 REV1), in denen auf die wichtigsten Schritte zur Errichtung der Bankenunion, die Bedeutung der Arbeit, die derzeit in mehreren Organen auf verschiedenen Ebenen geleistet wird, und wichtige künftige Schritte hingewiesen wird.

<sup>3</sup> Dok. 5006/16.

<sup>4</sup> Dok. 7332/16.

<sup>5</sup> Dok. 8186/16.

6. Während der obengenannte Fortschrittsbericht, in dem die bestmögliche Einschätzung der wichtigsten Ergebnisse der Beratungen seitens des Vorsitzes zum Ausdruck gebracht wird, weder als für die Delegationen bindend noch als Gegenstand weiterer Verhandlungen angesehen werden kann, muss der Entwurf von Schlussfolgerungen vom Rat gebilligt werden.

### **III. FAZIT**

7. Vor diesem Hintergrund ersucht der Ausschuss der Ständigen Vertreter den Rat, den in Dokument 10037/1/16 REV1 vorliegenden Text zu prüfen, damit eine Einigung herbeigeführt werden kann.
-